

# Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER  
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

1. Jahrgang, Nr. 5

25. Mai 1951

Preis L.— Schilling

## Die Lehren aus einer Wahl

Von Nationalrat Dr. Fritz Bock

Die erste Wahlschlacht um den Bundespräsidenten ist geschlagen. Es gab einen Sieger, unseren Heinrich Gleißner, aber der Sieg war zu schwach, um die Schlacht zu beenden. Die nötige Stimmenmehrheit konnte nicht erreicht werden und so werden sich in wenigen Tagen die Kandidaten der beiden großen Parteien neuerlich dem Volk zur Wahl stellen. Wir sind — das sei gleich vorweggenommen — schon jetzt fest davon überzeugt, daß Gleißner das Vertrauen der Mehrheit des österreichischen Volkes erhalten und unser Bundespräsident sein wird. Worüber es aber Betrachtungen anzustellen gibt, das ist das Wahlergebnis im einzelnen. Erstens einmal hat sich herausgestellt, daß das österreichische Volk keine Personenwahlen, sondern Parteiwahlen abgehalten hat. Die Anhänger der ÖeVP haben Gleißner, die der SPÖe Körner und mit einigen Einschränkungen die des VdU Breitner gewählt. Vielleicht kann man gerade in letzterem Falle sagen, daß die 690.000 Stimmen, die auf Dr. Breitner entfallen sind, wohl auch zu einem Teil, wahrscheinlich zum geringeren, auf Wähler zurückgehen, die bei einer Parteiwahl den VdU nicht gewählt hätten. Im großen und ganzen aber hat sich eine seit Jahrzehnten in Österreich entwickelte Tradition auch

diesmal wieder durchgesetzt: der Wähler steht zu seiner Partei.

Das zweite, was festgestellt werden muß, ist der an sich nicht bedeutende Verlust der ÖeVP. Ueber seine Ursachen ist in der Tagespresse bereits ausführlich gesprochen worden. Die Hauptursache dürfte eine Verärgerung in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung sein. Da sind einmal die Bauern, die mit Recht einen kostendeckenden Milchpreis verlangen müssen, um überhaupt weiterhin existieren zu können, da sind aber auch die Städler, die sich vor der Erhöhung des Milchpreises ebenfalls mit Recht fürchten, da sind die Beamten, deren Gehälter zum Teil als wahre Hungerlöhne bezeichnet werden müssen, da sind die Rentner, die noch weniger beziehen, da sind aber auch die Arbeitnehmer, deren berechtigte sozialpolitische Forderungen nicht erfüllt werden konnten, da sind die politisch Verfolgten, deren berechtigte Ansprüche bis heute nicht befriedigt wurden. Mit einem Wort, all das, was sich an Maßvergnügen gegenüber einer Mehrheitspartei, die seit sechs Jahren den Bundeskanzler und den Finanzminister stellt, ergibt, all das wird eben der ÖeVP zur Last gelegt.

Dabei übersieht man absichtlich

oder unabsichtlich den Umstand, daß für alle Maßnahmen in gleicher Weise die SPÖe verantwortlich zeichnet und daß es die selbstverständliche Pflicht der staatstragenden Partei ist, das Gesamtinteresse des Staates über ihr Parteiinteresse zu stellen. Es zahlt zu den bedauerlichsten Spielregeln der Demokratie, daß eben, wer die meiste Verantwortung, wer die größte Bürde im Staate trägt, nur selten Dank erntet.

Aber noch ein anderer Umstand ist an dieser Wahl interessant. Die Oesterreichische Volkspartei hat sich, entsprechend ihrer Auffassung von der Notwendigkeit der Rechtsgleichheit der Staatsbürger, in den letzten Jahren sehr um die leidigen Fragen der sogenannten NS-Gesetzgebung bemüht. Die Bemühungen um die Wiederherstellung der Rechtsgleichheit und um die Beseitigung vieler unnötiger Härten waren zum Großteil erfolglos, weil einmal der sozialistische Koalitionspartner nicht mitgehen hat, zum anderen aber die Aenderung von Verfassungsbestimmungen auf den dauernden Widerstand des russischen Besatzungsregimentes stößt. So sind also alle Befriedigungsversuche der ÖeVP praktisch im Sand verlaufen, was von den Kreisen, die es angeht, mit ihrem eindeutigen und wahr-

Und jetzt erst recht wählen wir:

# Dr. Heinrich Gleißner

scheinlich endgültigen Abschwenken zum VdU beantwortet wurde. Daraus muß die ÖeVP ihre Konsequenzen ziehen.

Wir haben seit eh und je Haß und Vergeltung geübt, wir sind schon seit 1946 als erste innerhalb der ÖeVP für die Abschaffung der Sonderrechtbarkeit und der beschränkten Beschränkungen eingetreten, aber wir haben das alles nicht in einer falschen Erwartung gemacht, daß es möglich wäre, die wirklichen und versteckten ehemaligen Nationalsozialisten zur Volkspartei zu bringen; wir sind für Ordnung und Rechtsgleichheit und für die Abschaffung aller Versteckungsmaßnahmen eingetreten, weil das unserer Weltanschauung entspricht und weil man nicht Regimentspolitik machen kann und darf. Aber wir wußten immer, daß es eine Gruppe von Menschen in Österreich gibt, die sich niemals zu Österreich und zu den Verantwortlichen in diesem Lande bekennen wird.

Ihr Vorhandensein ist der Beweis dafür, daß die seinerzeitigen Bemühungen der ÖeVP um die Bildung einer einzigen großen „Rechtspartei“ erfolglos bleiben mußten. Die Wahl am 6. Mai hat dies schlagend bewiesen.

Die Aufgabe der ÖeVP wird es nun sein, den Weg der Mitte, des Maßes und auch des Ausgleiches einzuschlagen. Zu diesem Ausgleich gehört die Abschaffung der Rechtsungleichheit ebenso wie die Befriedigung der Wiedergutmachungsansprüche der politisch Verfolgten. Die Volkspartei muß sich hüten, in dieser Beziehung einen Weg fortzusetzen, der dadurch gekennzeichnet ist, daß man, gewiß vom besten Willen getragen, auf dem Gebiete der Rechtsungleichheit mehr verspricht, als man halten kann, und auf dem der Wiedergutmachung zu wenig Interesse zeigt, mit dem Ergebnis, daß man keine Gruppe zufriedenstellt, wohl aber beide verliert. Der „Denkzettel“, den uns die Wähler am 6. Mai gegeben haben, kann und darf nicht anders ausgelegt werden.

#### HUGO VON HOPMANNSTHAL:

Das Europa, das sich neu formen will, bedarf eines Österreich... Ausgleich der alleuropäischen lateinisch-germanischen mit der slavisch-germanischen Stämme.

#### ERNEST REINER:

Der wahre Mann des Fortschritts beginnt sein Werk immer mit einer tiefen Verbürgung vor der Vergangenheit.

## Die junge Generation zum Wahlausgang

Die Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl am 6. Mai haben wohl vielen endgültig die Augen geöffnet. Was schon bei den Wahlen im Jahre 1949 erstmalig in Erscheinung getreten war, ist nun deutlich zu bemerken: Der Feind von rechts erhebt erneut sein Haupt, frecher als je zuvor, und startet zum Großangriff gegen Österreich. Die alten Freunde, Landbesitzer und Großdeutsche, haben sich wieder gefunden, frisch amnestiert und von allem Makel gereinigt, und ihren Kandidaten, den Exponenten einer dunklen Vergangenheit, die sie so gerne wieder zur Gegenwart machen möchten, vollzählig gewählt.

Das muß allen aufrechten Österreichern endlich zu denken geben. Dabei erhebt sich die Frage, wie weit unsere Haltung und die große ÖeVP-Krise in den letzten Jahren richtig war. 1945 glaubte man den alten großdeutschen Wahn endgültig zerschlagen und auf dem Schloßfeldern ad absurdum geführt. Die Gefahr von rechts schien für lange Zeit gebannt und man wandte sich mit ganzer Kraft dem Feind von links, dem Kommunismus, zu. Man drehte die Front plötzlich um 180 Grad gegen links und verlag die Rückendeckung gegen rechts. Man tat sogar alles, um diese Ehemaligen zu versöhnen und ihnen das Leben im neuen Staat schmackhaft zu machen. Sie wurden amnestiert und begnadigt, erhielten ihre Stellungen und Pensionen zurück. Man vergaß dabei nur auf eines: nämlich darauf, daß diese Leute eben aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und gar nicht gewillt sind, loyale und aufrechte Österreicher zu werden. Das geht aus ihren Äußerungen in der Öffentlichkeit und aus ihren Zeitungen zur Genüge hervor. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Frage „Deutsches Eigentum“, die ja schon in der letzten Nummer ausführlich behandelt wurde. Gerade die Leute des VdU und die der „Jungen Front“ waren es, die sich sofort zum Steigbügelhalter der deutschen Ansprüche gegen die Interessen ihres eigenen Volkes machten und forderten, daß man sich mit Deutschland auseinandersetzen müsse, ausgerechnet im Namen des Rechtes, das sie selbst, so lang sie an der Macht waren, mit Füßen getreten haben, wie niemand zuvor.

Gerade in dieser Frage haben die Feinde von rechts endlich die Maske fallen lassen und gezeigt, daß es sehr wohl die unebelbareren Großdeutschen sind, die hinter dem VdU stehen, und nicht etwa nur die „harmlosen, braven Österreicher“, die mit der Politik der bösen Koalitionsparteien unzufrieden sind.

Der Feind hat sich nun demaskiert und es gilt, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Die letzten Wahlen haben klar gezeigt, daß die Gefahr von links nicht groß ist. Der Kommunismus hat in Österreich keine Chance. Die KPO kommt niemals über ihre 5 Prozent hinaus, wieviel Kräfte sie auch anwenden mag. Die Vergewaltigung der Kräfte der ÖeVP im Kampf mit dem unbedeutenden Feind von links ist daher vollkommen fehl am Platz. Viel gefährlicher ist der Feind von rechts, der sich in der Zwischenzeit unbehelligt entwickeln konnte. Demgegenüber gibt es nur einen klaren Kurs, nämlich die Zusammenfassung aller positiven staatsverhaltenden Kräfte in dem beiden großen Parteien, der ÖeVP und der SPÖ, unter Hintanstellung aller kleinlichen Zwistigkeiten. Dazu ist es aber auch notwendig, innerhalb der Partei alle die Kräfte zusammenzuheben, die sich seit 1949 großsprecherisch unter dem Vorwand auf maßgebende Plätze gedrängt haben, sie bräuchten die „nationalen Kräfte“, wenn man bereit sei, ihnen Posten zu geben und ihnen ideologische Konzessionen zu machen. Die ÖeVP wird ihren Abgang um so leichter verschmerzen können, als es sich nur um wenige Leute handelt, die schon immer zum Stragrud der Politik gehörten.

Darum reiner Tisch gemacht und alle Kräfte gesammelt. Denn dieses Österreich eine Herzenssache ist, die es ehrlich mit diesem Volk und mit diesem Staate meinen. Die Direktion ist klar: Österreich.

Dann heißt nach dem zweiten Wahlgang unser Bundespräsident: Dr. Heinrich Gleißner. Anton Hanika

Zwei Pressstimmen:

## Jugend will nicht für Deutschland zahlen

Die amtliche „Wiener Zeitung“ vom 1. Mai 1951 berichtete:

Beim 3. Landesjugendtag des „Österreichischen Jugendbundes“ (ÖJUB) am 29. April nahm der Landesjugendreferent der Wiener ÖVP Franz Kitzl unter anderem zur Frage der Jungen Front Stellung. Er erklärte, daß große Kreise der ÖVP und die gesamte ÖJB es nicht begreifen können, daß nach der überwältigenden Stellungnahme des Bundesparteitages in Salzburg gegen Dr. Strachwitz und die Junge Front nicht am Tage darauf deren Räume in der Bundesparteileitung geschlossen und diese Leute, die nur negativ kritisieren können, vor die Tür gesetzt wurden. Kitzl stellte unter großem Beifall des Landesjugendtages fest, daß die Junge Generation, die im vergangenen Krieg ungeheure Blutopfer gewungen für Deutschland bringen mußte, nicht bereit ist, materielle Forderungen Westdeutschlands an Österreich anzuerkennen. Dies sehen aus dem Grund, weil Zehntausende junger Menschen für Deutschland auf den Schlachtfeldern bleiben mußten und heute noch tessende Krüppel unter uns mit geringen Renten leben müssen. Die große Masse der jungen Generation wird von der ÖJB aufgeufen, sich zur

Wehr zu setzen, und wird solche Pläne mit allem Mitteln zu vereiteln wissen.

### Junge Front: Präsidentenwahl soll keine Parteiwahl sein

Die „Salzburger Nachrichten“ vom 3. Mai 1951 meldeten:

Am Sonntag fand im Loeben eine Tagung der Bundesleitung der Jungen Front statt. Die Bundesleitung bekräftigte ihren bereits vor längerer Zeit gefaßten Beschluß, sich zu der bevorstehenden Wahl des Bundespräsidenten nicht zu äußern, weil die Präsidentenwahl, die eine Volkswahl sein sollte, zu einer Parteiwahl umgeflächelt worden sei. Die Junge Front, die das Prinzip der Volkswahl, der Personenwahl der unmittelbaren Demokratie begrüßt, bedauere es tief, daß wieder „da und dort politische Parteien sich zwischen einzelne Kandidaten und das Volk einschoben. Sie hat daher schon lange vor Beginn des Wahlkampfes beschlossen, sich nicht in diesen einzumischen und zu ihren Mitgliedern freizustellen, für den einen oder anderen der beiden rechtgerichteten Kandidaten zu stimmen“.

Was sind hier die wirklichen Oesterreicher? Kommentar überflüssig!

## Was wir nicht verstehen ... ?

Es wird kaum jemandem geben, der uns der Konsumistendreschlichkeit verdächtigen könnte. Um so mehr haben wir das Recht, zwei Ereignisse aufzugreifen und dazu zu erklären, daß uns das Verständnis dafür vollkommen fehlt.

General Eisenhower hielt es für notwendig, die „Deutsche Wehrmacht“ zu rehabilitieren und ihr das Zeugnis auszustellen, daß sie nicht zu identifizieren sei mit Hitler und seiner verbrecherischen Umgebung. Er scheint sich also nicht übers große Wasser hinübergesprochen zu haben, daß Hitler die „Deutsche Wehrmacht“ genau so als „NS“ bezeichnete wie die SS. Diese „Deutsche Wehrmacht“ hat sich in allen diesen Jahren kein einziges Mal gegen diesen Mißbrauch als Parteilinie gewehrt. Im Gegenteil, als halb Deutschland schon in Schutt und Trümmern lag, doch Österreich noch das Aergste erspart geblieben wäre, haben einige versucht, am 26. Juli 1944, eine Aenderung herbeizuführen. Sie sind allein geblieben. Die Masse der „Deutschen Wehrmacht“, von den Feldmarschällen bis zum Gefreiten, haben ihre Plätze nicht verlassen, und selbst in diesem Zeitpunkt „ihren Führer“ einen Beweis ihrer Treue geleistet. Die Folge dieser Haltung der „Deutschen Wehr-

macht“ war nicht nur der Untergang Deutschlands und seine heutige Zerteilung, sondern, was uns noch viel bitterer ist, die Verwüstung österreichischer Städte und Küster und unsere vierfache Besetzung. Diese „Deutsche Wehr-

## BITTE

Gnadenpendender,

Leid und Frieden sendender

Vater sinne von uns die Schuld  
Und schenk uns Deine große Mild.  
Laß das Böse in uns nicht obliegen,  
Uns der Macht der Finsternis nicht unterliegen.

Dinne Weisheit möge sicher uns  
geleiten,  
Führe uns den Weg in d'et'wen  
Zeiten.

Gib uns Kraft zu bauen nur an  
guten Werke,

Da allein hat unser Sein, bist uns're  
Stärke,

Laß uns in Glaubensfeier nicht  
ermüden,  
Schreibe uns des wahren, inn'wen  
Frieden.

Kassner J. F. Führer

Abonnieren auch Sie den

## „Freiheitskämpfer“

Jeder, dem es wirklich ernst  
mit seiner österreichischen Ge-  
sinnung ist, unterstützt unseren  
Kampf für Freiheit und Recht.

macht“ kann auch aus Opportunitätsgründen nicht mehr rehabilitiert werden. Die Führer dieser Wehrmacht, ihre Offiziere waren jene, die 1938 unser Land besetzten und damit nun eine fast dreißigjährige Besetzung einleiteten. Haben wir vielleicht unrecht? Wie gesagt, wir können Eisenhower nicht verstehen!

Nun zu Herrn von Krupp. Wir waren die letzten, die 1943 nach Galgen und Gefängnissen geschrien haben. Wir haben, aus rein menschlichen Gründen, es oft nicht begreifen können, wenn man da und dort zu weit gegangen ist. Es hat uns auch irgendwie dieser übertriebenen Schauprozess mit all der sensationellsten Berichterstattung angewidert.

Wir verstehen es also durchaus, daß nach sechs Jahren Gefängnis Menschen der Freiheit wiedergelassen werden. Amnestie in Ordnung. Freilassung führt zur Beendigung eines Zustandes, der ohnehin nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden kann.

Wenn wir aber hören, daß einer der berüchtigsten Handlanger Hitlers, Herr Krupp, das Gefängnis verläßt und diese Gelegenheit besitzt, um in einer Pressekonferenz seine Erklärungen abzugeben, seinen Besitz wieder in Empfang zu nehmen und auf die Weisungen der westdeutschen Regierung zu warten, dann fehlt uns dafür jedes Verständnis. Gerade die Verfechter der Rechte der kleinen Nazis mußten mit uns eins sein in der Ablehnung solcher Maßnahmen. Wo war ist ein kleiner Nazi nach Verbüßung einer Strafe als Folge einer Falschregistrierung wieder in die alte Stellung gekommen und hat seinen Besitz zurückgehalten. Sind nicht unsere durch Haft und Krieg geschädigten politischen Opfer des Nazismus bereits so weit, als Bürger zweiter Güte zu gelten, wenn man prominenten Vertretern des Nazismus eine Wiedergutmachung zukommen läßt, die ein Vielfaches dessen ausmacht, was sie wirklich an Entberungen erdulden mußten.

Man sei uns nicht böse. Aber das verstehen wir ebenfalls nicht. Peter

## Der „Mahnruf“

... fühlt sich erlappt. Er macht ein ungeheures Geschrei darüber, weil wir ihn in der letzten Nummer unseres Blattes als kommunistisch deklarierten und seine positiven Leistungen für Österreich bezweifelten. Ja, die Wahrheit hört man ungern. Er verweist daher auf die Leistungen seiner Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus, ihren Beitrag für die Erhaltung eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreichs. Das stellen wir gar nicht bezweifelnd. Aber es dürfte auch dem „Neuen Mahnruf“ nicht entgangen sein, daß dieses Österreich in seiner Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie neuerlich bedroht ist. Bedroht allerdings vom Kommunismus. Und ich billigte in den Seiten des „Neuen Mahnruf“, doch nirgends ein Wort gegen den Kommunismus. Ja nicht einmal das Mut haben sie, die den KZler Gläubiger einzutreten. Dafür machen sie „Friedenspropaganda“ und loben die Volksdemokratie. Wir halten unseren Freunden in der Lichtenschanz immer zugebe, daß sie aus politischer Dummheit die „Friedenspropaganda“ nicht durchdachten. Ansonsten müßten wir in ihnen gerade so Hochver-

räter erblicken, wie es die Kommunisten offensichtlich sind. Oder wollt ihr bestreiten, daß es „Hochverrat“ ist, wenn die kommunistische Journalistin Eva Pfeister offen in einem Prozess vor Gericht ihre Mißachtung gegenüber der Regierung und dem Staat zum Ausdruck bringt?

Wer dies alles weiß und trotzdem im Friedenspropaganda tut, die Leistungen Österreichs herabsetzt und darüber hinaus noch mit der Intervention des Auslandes droht, der hat sich bewußt außerhalb der Reihen der Kämpfer für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich gestellt. Er hat daher weder das Recht, hier mitzureden, noch Forderungen zu stellen.

Wir gehen gerne, der Aufforderung entsprechend, mit euch gemeinsam für die Freiungen der politisch Verfolgten unseres Landes, allerdings unter einer Bedingung: Mit einem klaren und eindeutigen, unmissverständlichen Bekenntnis gegen den Kommunismus und seine getarnten Rattenfänger, genau so konsequent, wie wir gegen den Faschismus kämpfen!

## ... und die „Oesterreichische Zeitung“

das „meistgelesene und bestbekannte österreichische“ Morgenblatt, beschäftigt uns in der Kriegsbotschaft. Sehr interessant. Auch sie wurde von den „überparteilichen“ KZlern befragt und auf unsere Mitteilung in der letzten Nummer über „Franco“ aufmerksam gemacht. Hat der „Neue Mahnruf“ blitzschnell eine Leserschrift zur Hand, so verdammt uns die „Ö. Z.“ in ihrer Nummer vom 3. Mai d. J. in Grund und Boden.

Wir betreiben also „übelste Kriegsbotschaft“, sind ein Instrument der „reaktionärsten“ und „faschistischen“ Kreise Österreichs und sehen unsere Hauptaufgabe in der „Kriegsbotschaft“. Wann hat diese „Oesterreichische Zeitung“ schon einmal die SS-Blößen Dr. Slavik und Genossen von der „Nationalen Liga“ so bezeichnet. Ja, die Zeiten ändern sich. Jetzt sind wir die „Reaktionäre und Faschisten“, dafür die Slaviks und Konsorten die „Progressiven“ und „Demokraten“.

Und warum das ganze Geschrei. Weil wir uns erlauben, Spanien zu Europa zu zählen. Eine Tatsache, an der weder Franco noch die „Ö. Z.“ etwas ändern können. Doch es kommt viel böser.

„Es wird kein Wort mehr davon verloren“, schreibt die „Ö. Z.“ über uns, „daß heute noch in Spanien ein Regime an der Macht ist, das mit genau denselben Methoden die arbeitende Bevölkerung terrorisiert, mit denen der Hitlerfaschismus die Österreicher niedergelassen hatte.“

Das ist wohl wirklich schrecklich. Nur klingt es sehr merkwürdig aus dem Munde jener, die selbst auf einem sehr beträchtlichen Teil der Erde ein Vielfaches von Menschen in den Zwangsarbeits- und Konzentrationslagern halten. Was Spanien an Einwohnerzahl insgesamt zählt. Wer selbst die persönliche Freiheit, wo er die Macht dazu besitzt, mit Füßen tritt. Terror und Zwang bis zum Exzess ausübt, möge doch lieber schweigen. Am allerwenigsten steht es ihm zu, öffentliche, aufrechte, konsequente österreichische Freiheitskämpfer zu beleidigen, die gegen jeden Faschismus kämpfen.

Seitdem ist wohl die Verbindung zwischen dem „Neuen Mahnruf“ und der „Oesterreichischen Zeitung“. Der erste ist ein „unabhängiges“ Organ, die letztere das Organ des „Sowjetischen Informationsbüros in Österreich“. Vielleicht regt das manchen Kameraden, der unpolitisch und überparteilich sein wollte, doch an, zu überlegen, ob er sich nicht im Ende denen verschrieben hat, die auch für ihn ein neues KZ bereit haben.

### RAINUND POUKAR:

Oesterreichs Geschichte ist seit 1272 nicht ein Teil der deutschen Geschichte — war es schon vorher sehr bedingt —, sondern vielmehr die deutsche Geschichte war ein Teil der Ansbürgerischen.

## Unter der Lupe

Die erste Runde im Kampf um die Bundespräsidentenwahl ist mit einer „Unentschieden“ beendet worden. In dieser Kampf leider nicht allein aus personelle, sondern vielmehr um grundsätzliche Fragen, zu denen der österreichische Staatsgedanke mit all seinen europäischen und weltpolitischen Auswirkungen gehört, geführt wurde, ist dieses Unentschieden absolut nicht erfreulich. Es ist ja eine alte Lebensweisheit, daß Dank der Lohr der Welt ist — und, daß auch Güte und Entgegenkommen mitunter zur Sünde werden können. Die ÖVP, die, wie alle übrigen Parteien, selbstverständlich auch ihre Fehler besitzt, hat sich intensiv und ehrlich für die Heimatsverbessern, für die verfolgten und gequälten Menschen eingesetzt und erhielt dafür als Quittung das beachtenswerte Wahlergebnis der sogenannten Unabhängigen. Ob diese aufrichtigen Herzens bei der Stimmenabgabe an das Vaterland Österreich dachten? Kennen diese überhaupt die Idee unseres Landes — oder denken sie an ein anderes „Vaterland“? Wir wollen endlich einmal wirkliche Taten; nämlich konstruktive Arbeit auf allen Gebieten für Österreich sehen! Negative Kritik und Demagogie haben fast denselben Ton, den hervorzubringen es wahrlich keines Genies bedarf.

„Letztes wörtliches Angebot an Gromyko“, so überschrieben die Zeitungen die neuesten Meldungen über die Sitzung der stellvertretenden Außenminister, welche die Fragen der „Tagesordnungswürde“ prüften. Aus Neukau meldet die „Pravda“ über dieselben Probleme, daß durch den neuesten sowjetischen Vorschlag die „Türe offen bleibt“. Wir bescheidenen Österreicher sind sehr glücklich, endlich zu wissen, wozu wir sind. Was aber noch wichtiger für uns arme Mitteleuropäer, ist, daß wir jetzt ruhig schlafen können, weil jeder der Gruben nur das Beste für die Menschen will. Leider, leider hat diese Situation für Österreich nur einen Nachteil. Seit sechs Jahren warten wir im „Vorzimmer“ und am „Korridor“ zu den Sitzungsräumen, daß wir endlich beigegeben, wenn unsere Angelegenheiten vielleicht besprochen werden — bisher leider völlig vergebens — und die die „Türe“ einmal von dieser Seite und dann wieder einmal von jener Seite „offen gelassen wird“, haben wir uns einen „wirtschaftlichen Rheumatismus“ zugezogen. Hoffentlich werden sie uns dann einmal alle, die an unserem Leiden schuld sind, helfen, damit wir wieder vollkommen genesen können.

WIR SAGEN:

**NEIN**

... zu allen den anderen Kandidaten, die keine der vielen Voraussetzungen mitbrachten, die zu diesem Amte gehören. Ein Professor und Geistlicher gehören nicht in die Politik, sondern in die Kirche und auf seinen Lehrstuhl; ein Arzt in sein Spital, dort wird er ganz groß sein; ein Kommunist einzig und allein in die Wasagasse, nicht aber in die Burg; eine Frau ohne politische Erfahrung sollte lieber dort bleiben, wo sie bisher Gutes leisten konnte; und ein Weltkriegsgeneral und gebühlicher Oberhäuptling in die Penzance, aber er kann auch Bürgermeister bleiben, weil wir nichts gegen ihn haben ...

... zu den Hungernöten in Indien. In einem Teil der Welt wurde Getreide verbrannt und ins Meer geschüttet, während in anderen Millionen hungern. Statt daß sich die Menschheit mit diesen Problemen befaßt, redet sie vom Frieden herum und rätet zum Krieg. Hier wäre die Gelegenheit für die so Geübten, zu zeigen, daß sie überhaupt etwas können, denn bisher haben wir nur einen Eindruck von ihnen: daß sie sehr klein im Geiste und sehr beschränkt sind ...

... zu den (wie jedes Jahr) „einmaligen, noch nie so mächtigen Maßgebungen“ der Rosen aller Schattierungen. Wie immer, so waren es auch heute wieder „einseitige Demonstrationen, nachträgliche Aufmärsche, erhebende Schauspiele“ usw. usw. Wir kennen alle diese ausgeleitete Parolen schon so auswendig. Es kommt einem vor wie ein Almanach, da wird das liebe (Stimmen-) Vieh mit Händen und Füßen geschmetzelt und auf die Straße getrieben, wo es sich häckelt und plärrend tummelt. Aber das liebe (Stimmen-) Vieh merkt es eh nicht und ist darum genug, es sich gefallen zu lassen ...

... zu der wenig verantwortungsbewussten Stellungnahme der Jungen Front zur Präsidentenwahl. Sie stellt es ihren Mitglidern frei, wenn sie wählen wollen, das heißt, sie versucht überhaupt gar nicht irgendeine Einflussnahme, so wenig ist sie von der Eigenart eines Kandidaten überzeugt und es sind ihr alle gleich gut, also auch Herr Pala und Bretzner ... Eine unverantwortliche Stellungnahme, wenn es um eine so schwerwiegende Entscheidung geht, ein sehr hinterhältiger Akt der Gleichgültigkeit ...

... zu dem verzweifelten Bemühen der Solis, unserem Dr. Gleitsner eine schwere Krankheit aufzuhängen, weil er halt so gesund ist und so vital jünger als ihr Paralegale. Wer krankgemacht wird, erfährt sich meist blühender Gesundheit.

**NIEMALS VERGESSEN!**

ERWIN HANSLIK:

Oesterreich ist ein Menschheitsgrenzstaat, ein Zwischenschichtstaat, das Westostland Europas. Jedemal, wenn gesamteuropäische Entwicklungen einsetzen, erstarkt auch der österreichische Staatsgedanke. Das Volk ist nicht das Nichts, zur Menschheit gehören, ist mehr; Oesterreich aber ist Menschheitsforderung.

FRANZ WERPEL:

Ich bin davon überzeugt, daß ein durch Jahreshaderte reichendes Eigenesmae staatlischer, und völkischer Natur, wie es Oesterreich ist, nicht durch einen Handstreich für alle Zeit und Zeitpunkt untergehen kann. Ich glaube, daß die kulturelle Individualität, die dieses Land vorgestellbar hat, ein nicht nur in der Vergessenheit werden wird und schließlich über alle Widerstände, über alle Versuche, ihn auszulöschen und zu vernichten, den endgültigen Sieg durchsetzen wird.

HUGO VON HOFMANNSTHAL:

Unerbter europäischer Boden ist aus zum Erbe gegeben, zweier römischer Reiche Nachfolger sind wir aus diesem, das ist uns auferlegt, wir müssen es tragen, ob wir es wollen oder nicht; heilig und schicksalhaft ist der Heimboden. Nun ist er noch heiliger geworden, denn wir haben Tote ohne Zahl in ihm eingesenkt, die ihr Blut für Oesterreich vergossen haben; zugleich aber sind in was die Taten lebendig geworden — daß es ein Unzerstörbares gibe der Taten und der Geister und eine stete Gegenwart der Taten, das ist als eine offene Wahrheit in unsere Herzen geflossen.

(Auch sehtem Nachlag)

ANTON WILDGANS:

Es erscheint als eine alles leicht hinwegsetzende Behauptung, daß der frühere österreichische Nationalitätenstaat in seinem Grundfeste stehen und als solcher unangreifbar gewesen wäre. Unmöglich war er nicht als Schwermelher der Germanenentums, und vor allem als solches wurde ihm auch ein Uebergevo von zeltener Granntheit besetzt.

Ausgabe aus dem Buch „Bebemnis zu Oesterreich“ von Prof. Ludwig Reiter, erschienen im Verlag Julius Liechtenstein, Wien VIII.

WIR SAGEN:

**JÄ**

... zu Dr. Heinrich Gleitsner, dem Manno der auf Grund seiner reichen Erfahrungen als Landeshauptmann der einzige geeignete Kandidat für den Präsidentenstuhl ist. Ein vorbildlicher Familienvater und Christ, dem wir wahrhaft blind vertrauen können, ein Politiker, der diesem hochpolitischen Amte auch gewachsen sein wird. Ein Mann, der in aller Welt solches Ansehen genießt, daß mit ihm auch unser Land in Ansehen steigen wird.

... zu dem Artikel des Herrn Pollak, obersten Götzten in der „AZ“, anlässlich der Bundespräsidentenwahl. Wir können es nur begrüßen, wenn er wieder einmal die rote Katze aus dem Sack läßt und Artikel schreibt, in denen er das ganze christliche Volk Oesterreichs aufs schwerste beleidigt und herabsetzt, wenn er schreibt, daß „besten Christentum und vorbildliches Familienleben keine Empfehlung sind, nein, es wieder so etwas! Er, der Emigrant, beschmeißt Männer mit Dreck, die 1938 auf ihrem Platz ausgeharrt haben, bis sie von der Arbeit weg verhaftet wurden, während er schon rechtzeitig in London in Sicherheit saß. Wir begrüßen diese „Werke“ des Herrn Pollak, weil er damit mehr für uns leistet, als die beste Propaganda unsererseits es könnte! Nur so weiter, Herr Pollak ...!

... zu den Ergüssen der „Arbeiter-Zeitung“ am 1. Mai. Sie schrieb da unter einem großen Bild Koenigs: „Die Fahnen hoch am 1. Mai für Körner“. Immer feste, immer noch „Die Fahnen hoch, die Reiben dicht geschlossen, SPOEs marschieren mit ruhig-lauten Schreit ... und geballten, schweligen Arbeiterästen und so weiter!“ Und so merken gar nicht, wie sie in alten Fahrwasser der Fachchassen aller Farben schwimmen ... Nur so weiter: „Die Fahnen hoch“ und „Demokratie der Welt. Sozialismus das Ziel“ und verraten sich dabei ungewollt aber deutlich! Wir feiern in stillen Gedanken, sie aber marschieren genau so, wie einst die braunen Bataillone, sie schreiben und demonstrieren. Wofür? Für ihren geistigen Leichnam Marxismus, der halt nicht mehr zu beleben ist ...

... zu dem erfreulichen Rechenruck in aller Welt! In England sinkt und bröckelt es schon, es rückt im Gemüde der Labour Party, in Deutschland erobert die bürgerlichen Parteien da 82 von 100 Mandaten, dort 97 Prozent der Stimmen, in Australien 47 Mandate gegen 46 der Sozialisten. Ja, die unvermeidliche Reaktion auf sozialistische Abenteuer und Experimente zeigt sich in aller Welt. In diesem Sinne sind wir stolz und bewußt: Reaktion!

# Am 8. Mai 1945 begrüß

8. Mai 1945, 23 Uhr: Inkraftsetzen der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Ende des Krieges: Durch Ratifizierung des Kapitulationsaktes in der Aula der Technischen Hochschule von Berlin ist der zweite Weltkrieg beendet. Für Deutschland unterzeichneten Generalfeldmarschall von Keitel, Generaloberst Stumpf, Großadmiral Friedeburg, für die Sowjetunion Marschall Schokov, für Großbritannien Luftmarschall Tredder, für die USA General Spatz und für Frankreich General De Latre de Tassigny. Die Kampfhandlungen wurden an allen Fronten eingestellt. Die Verluste im zweiten Weltkrieg betragen an Soldaten bei den acht Großmächten:

Sowjetunion	3.260.000
Deutschland	2.850.000
China	2.200.000
Japan	1.504.000
England	453.000
USA	398.000
Italien	360.000
Frankreich	280.000

Die Glocken, die den 8. Mai 1945 einläuteten, verkündeten uns den Frieden und dankbar blickten wir zum Himmel, wir, denen uns ein göttliches Schicksal diesen Moment erleben ließ.

In seinem Buch „NACHT ÜBER ÖSTERREICH“ schrieb darüber:

## Franz Kittel:

Und wenn es Ende April 1945 möglich war, daß Österreich sich seine eigene Regierung gab, und wenn am 8. Mai 1945 die Glocken des Sieges in den Wiener Kirchen läuteten, dann war es wahrhaft der Sieg Österreichs mit Hilfe der Alliierten, der Sieg des Lichtes über die Nacht. In dem seltsamen Klang der wenigen in Wiener Kirchen verbliebenen Glocken schwang die Freude jedes aufrechten Österreicherers mit, wieder den Namen seines Landes im Mund führen zu dürfen, wieder österreichisch reden, österreichisch denken, österreichisch handeln zu können. Im Schwingen der Glocken war auch das Schwingen der österreichischen Herzen zu verspüren,

die nun frei und ungebunden einem neuen Zeitalter der österreichischen Entwicklung entgegengehen sollen. War der März 1938 der dunkelste Monat in der tausendjährigen Geschichte unseres Vaterlandes, bedeutete der September 1939 das fast vollkommene Aufgeben unseres Landes in Hitlers Kriegsmaschinerie, so stellt der April 1945 das glanzvollste Datum unserer Zeit dar: Deutschland mußte verlieren, damit hatte Österreich gewonnen. Mit Deutschlands Untergang war das Wiedererstehen Österreichs verbunden. Wer sich an Österreich versündigt, der geht zugrunde. Niemand wieder darf dem wiedererstandenen Lichte die Nacht folgen. Wenn auch die Zeit nach der Befreiung viel Nebel und Dunst um die Sonne des neuen Österreich brachte, wenn auch nur mühsam ein Sonnenstrahl durch das Gewölk bricht, es muß und es wird Frühling werden. Es muß und es wird wieder eine Zeit anbrechen, in der die Sonne über Österreich nie mehr untergeht.

## Dr. Felix Hurdas:

(Aus seinem Buch „VATER UNSEN“)

Auf der Fahrt nach Dachau wurden wir auch verschiedenes gefragt, wurden uns verschiedene Verhalte gemacht. Wir versuchten zunächst, so wie es unter Menschen üblich ist, Rede und Antwort zu stehen. Jede Antwort wurde aber als Frechheit ausgelegt und brachte weitere Schläge. Wollten wir uns nicht erschlagen lassen, blieb uns nichts anderes übrig, als zu allem „Jawohl“ oder, wie man im Volksmund sagt, „Ja und Amen“ zu sagen.

Wie viele Menschen wurden aber auch sonst schon in der Welt genötigt, zu den verschiedensten Dingen „Ja“ zu sagen, obwohl sie ohne eine freie Willensäußerung unterdrückende Einflußnahme niemals zugestimmt hätten.

Auch am Ende des Vaterunserns zieht ein „Jawohl“, das Amen. Aber ein „Jawohl“, eine Bejahung, die aus

† Heiser-Verlag, Wien, 1938.

innerstem Herzen kommen soll und bei allen wütlichen Betern auch tatsächlich kommt. Das Amen stammt aus dem vorchristlichen Gottesdienst und ist eine feierliche Beteuerung. Es heißt soviel wie: „Wahrlich, so sei es.“ Das Amen am Ende des Vaterunserns ist eine nochmals alles zusammenfassende feierliche Bejahung der einzelnen Sätze des Gebetes des Herrn; es sagt

Ja und Amen zur Tatsache,

daß Gott unser Vater ist, der Vater aller Menschen, der als Schöpfer alles Geschaffenen im Himmel thronet;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß wir Geschöpfe den Sinn unseres Daseins nur dann erfüllen, wenn wir Gott als unseren Schöpfer lobpreisen und seinen Namen heiligen;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß wir uns in dem Kampf zwischen dem Reiche Gottes und des Teufels, der Wahrheit und der Lüge, des Guten und des Bösen, des Lichtes und der Finsternis, des Lebens und des Todes, für das Reich Gottes, das Reich der Wahrheit, des Guten, des Lichtes und des Lebens entscheiden;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß wir den Willen Gottes, des Herrn über Himmel und Erde, und seine Gebote anerkennen und selber dazu beitragen wollen, daß sein Wille wie im Himmel, also auch auf Erden geschehe;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß alle Güter dieser Welt von Gott stammen, daß wir daher zu ihm um unser tägliches Brot, das heißt, um all das, was wir zum Leben brauchen, beten sollen, ohne daß wir unser Herz in die Güter dieser Welt verstricken und den Sinn für das Leben in Gott verlieren;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß nur die unendliche Barmherzigkeit Gottes durch die Hingabe seines eingeborenen Sohnes uns von unserer Schuld erlösen konnte und uns erlöst hat, und daß es nur eine Selbstverständlichkeit ist, wenn auch wir nach diesem unermeßlichen Gnadenerweis

Oesterreich hat in sechs Jahren den inneren Frieden  
Nur ein freies und demokratisches Oest

# ten wir den Frieden!

all denen vergeben, die uns gegenüber irgendwie schuldig geworden sind;

Ja und Amen zur Tatsache,

daß es für unser Leben in der Gnade Gottes wesentlich darauf ankommt, dem Verführer von Anbeginn in unserem Herzen keinen Raum zu geben und alle Versuchungen von uns abzuwehren, und schließlich

Ja und Amen zur Tatsache,

daß nur Gott uns vor dem ewigen Tode und den verschiedenen Uebeln dieser Welt erlösen kann, so daß wir mit vollem Recht und vollständigem Vertrauen zu ihm darum beten.

Wir wissen alle, wie viele Menschen unserer Tage die lebendige Verbindung zu Gott, ihrem Schöpfer, gänzlich gelöst haben. Wir wissen aber auch, daß viele andere Menschen nur mehr in einer ganz losen Verbindung zu Gott stehen, weil sie es verlernt haben, durch das Gebet einen ständigen festen Kontakt mit ihrem Schöpfer aufrechtzuerhalten. Diese Entfernung oder zumindest Entfremdung von Gott bewirkt, daß den Menschen unserer Tage die Grundhaltung und die Grundsätze fehlen, um mit den Problemen, die das Leben und das Zusammenleben der Menschen stellt, fertig zu werden.

Das Gebet des Herrn weist uns den Weg, die verlorengegangene oder zu schwache Verbindung der Menschen mit ihrem Schöpfer wieder richtig herzustellen. Sollten wir nicht jeder bei uns selbst anfangen? Das erfordert keine umständliche Organisation, keine besonderen Mittel, nur etwas guten Willen, ohne den wir niemals auskommen werden.

Wie wäre es, wenn jeder sich bemühte, wenigstens zweimal am Tage, am Morgen und wenn der Tag zu Ende geht, abends, durch ein langsam gebetetes, wohlüberdachtes Gebet des Herrn die Kräfte zu sammeln für sein persönliches Leben und sein Stehen und Wirken in den Gemeinschaften, in die er berufen ist? Morgens könnte jeder das, was das Vaterunser uns sagt, als Vorsatz in die Arbeit während des Tages mit hineinschmecken und

abends an Hand des Gebetes des Herrn sich prüfen, wie weit es gelungen ist, das Vorgenommene zu verwirklichen.

Wer sich so zu dem Gebete des Herrn bekennt und die Schätze nützt, die ihm verborgen sind, dem wird sein letztes Amen auf dieser Welt nur eine Ueberleitung sein zu dem vom heiligen Johannes in seiner großen Vision gehörten und in seiner Geheimen Offenbarung (7, 12) verkündeten Amen der reinen Geister am Throne Gottes: „Amen, Lob und Herrlichkeit und Weisheit und Dank und Ehre und Macht und Kraft sei unserem Gott in alle Ewigkeit. Amen.“

## Anton Wildgans

Wo sich der ewige Seksee  
Spiegelt im Alpensee,  
Sturzbach am Fels verstäubt,  
Eingedämmt Werke treibt,

Wo in der Berge Herz  
Dämmert das Eisenerz,  
Neuener Gemein perstampt,  
Ziehend die Schneefleht dampft,

Wo durch der Ebene Gold  
Silbers der Strom hinrollt,  
Ufer von Früchten schnell,  
Hügeln Rebe quillt,

Wurzelheil, Kraft im Mark,  
Pflichtgewiß, süßes Acker,  
Einfach und echt von Wort  
Wohnen die Menschen dort.

Pfärrschreier, Städtelfeier,  
Hat da die rechte Weis',  
Was nach Geschick bezieht,  
Immer noch blüht ein Lied.

Oesterreich heißt das Land!  
Da ers mit göddiger Hand  
Schuf und so reich begabt,  
Gott hat es lieb gehabt.

## Proklamation

der politischen Parteien Oesterreichs vom 27. April 1945, veröffentlicht im Staatsgesetzblatt der Republik Oesterreich vom 1. Mai 1945, Nr. 1.

.... Im Hinblick auf die feierlichen Erklärungen der drei Weltmächte, denen sich inzwischen alle Regierungen des Abendlandes angeschlossen haben, erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Oesterreichs ausnahmslos die nachstehende

### Unabhängigkeitserklärung

Art. I. Die demokratische Republik Oesterreich ist wieder hergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II. Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.

Art. III. Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehalten der Rechte der besetzten Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt beauftragt.

Art. IV. Vom Tage der Kundmachung dieser Unabhängigkeitserklärung sind alle von Oesterreichern dem Deutschen Reich und seiner Führung geleisteten militärischen, dienstlichen oder persönlichen Geblühnisse nichtig und unverbindlich.

Art. V. Von diesem Tage an stehen alle Oesterreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Oesterreich.

Es war mehr als eine einfache Proklamation. Es war eine Urkunde über die Wiedergeburt Oesterreichs.

Was damals den Gründern und Kindern des neuen Oesterreich heilige Verpflichtung war und für immer fundiert schien, wird heute von der braunen Brut (BB), die wieder frisch ihr Haupt erhebt, beschmutzt und geschändet.

Enger werden wir zusammenstehen müssen, wir Oesterreicher!

gefunden! / Wann wird die Welt Oesterreich folgen?  
reich verbürgt der Welt den Frieden!

## Haben wir das alles schon vergessen?

Aus Österreich erhitzen wir folgenden Beitrag, das wir gerne Herrn geben:

Als am 9. April 1945 die Russen eingingen und bald darauf eine provisorische österreichische Regierung eingesetzt war, da waren die Nazis auf einmal verschwunden und wollten nie solche gewesen sein. Die meisten erklärten, nur „pro forma“ ein paar Mitgliedsbeiträge gezahlt und sogar irgendwelchen Juden gehalten zu haben. Bei der unumrührbaren österreichischen „Gemütlichkeit“ geschah den Leuten auch bei uns fast nichts — gemessen an den ganz ungeheuerlichen Schicksalen und Leiden, die Österreich durch sie erlitten hat.

Leider aber vergessen unsere Landsleute zu rasch; sie vergaßen außer den furchtbaren Menschenopfern die Ausraubung ihrer Heimat durch die Nazis, die Verschleppung und Vergeudung des großen Gold- und Devisenschatzes unserer Nationalbank, den Raub unserer Kunstschätze, des Vermögens unzähliger verdienstvoller Vereine usw. usw., sie vergaßen, daß sie ein halbes Jahr lang täglich im Keller sitzen und um ihr Leben, Eigentum, Wohnung und die geraden Glieder bangen mußten und im Frühjahr 1949 in einem total ausgebluteten, verelendeten Haufen von Trümmern und Gräbern saßen. Deutschland selbst hatte durch den Naziwahn das ungeheuerlichste Debakel der Weltgeschichte erlebt, die schönsten Provinzen und Städte verloren, war total vom Feinde besetzt worden und das gerade Gegenteil der Prophezeiungen der Hakenkreuzler war eingetreten!

Diesen ganz unbestreitbaren, klaren historischen Feststellungen gegenüber müssen wir nun leider die ungläubliche Tatsache konstatieren, daß es Österreich gibt, die sich bei unserer politischen Toleranz schon wieder mehr oder weniger offen als Nationalsozialisten erkennen zu geben trauen! Was glauben diese netten Mitbürger eigentlich? Glauben sie, daß die Weltmächte nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte neuerlich auf den Schwindeln einer „Heimkehr der Ostmark ins deutsche Vaterland“ hineinfallen und daß sie eine Reprise der Höllekomödie vom März 1938 dulden würden?

Der Deutschnationalismus ist zweifellos eine schwere ansteckende geistige und mo-

ralische Erkrankung, verbunden mit totaler Blindheit, Taubheit und Vergeßlichkeit für alles, was ihm nicht in sein Wahnbild paßt, und ist leider in den

meisten Fällen unheilbar. Auf davon infizierte muß man aber äußerst scharf aufpassen und sie rechtzeitig unschädlich machen — das kann unseren Landsleuten und den verantwortlichen Stellen nicht oft und deutlich genug vor Augen gehalten werden! e. e.

## Bekennnis zu Österreich

Diese Würdigung Anton Wildgans' anläßlich seines 79. Geburtstag hat uns veranlaßt, sie zu veröffentlichen. Wir bringen sie trotzdem, da sie stammt aus der Feder unserer Kameraden, Prof. Hans Widhofer, aus Markt Piesting.

Unendlich ist, was dieses Volk gelitten, erlitten, durchgemacht, Verfolgung, Hunger, Leid — und trotz all dieser und trotz all solcher Bitternis.

in Stolz und Demut seiner Menschlichkeit.

Das Österreichertum Grillparzers hatte noch nichts Problematisches an sich. Nach dem ersten Weltkrieg, als man die humanistische Sendung Österreichs bezweifelte, prägte Hofmannsthal seinen Glauben an Österreich in gültige Formen, am reifen in seinem „Turn“. Auch Wildgans muß als der letzte Erbe Grillparzers betrachtet werden.

### Rede über Österreich

In seiner herrlichen „Rede über Österreich“ legte Anton Wildgans uns übersäuerndem Herzen ein Bekenntnis zu Österreich ab, das eine politische Macht war und eine geistige Großmacht geblieben ist. Er schrieb die Rede im Herbst 1927 nieder und wollte sie als Botschafter des geistigen Österreich am 12. November 1929 in Stockholm halten. Auf der Reise erkrankte er. Die Rede konnte nur in den Stockholmer Tageszeitungen veröffentlicht werden. Am 1. Jänner 1930 aber las sie Anton Wildgans in Wiener Rundfunk und entfesselte damit einen wahren Sturm der Begeisterung (Lilly Wildgans).

### Leben und Schaffen

Anton Wildgans wurde am 17. April 1851 in Wien geboren. Er stammt aus einer alten Wiener Familie, verlor frühzeitig die Mutter, studierte am Piaristengymnasium, wurde Jurist und machte mit seinem Schulfreunde Arthur Trebitsch eine Secrete über Indien nach Australien. Zurückgekehrt betätigte er sich als Hauslehrer, Journalist, Privatsekretär, Mitarbeiter der „Muskete“, Richter und seit 1912 als freier Schrift-

steller. 1921/22 und 1930/31 war er Direktor des Burgtheaters. Er starb an einem Herzleiden am 3. Mai 1932 in Mödling.

Wildgans war ein bedeutender Dramatiker. In seinen Stücken zeichnete er die soziale Lage als Schicksal. Sie sind soziale und vor allem menschliche Bekenntnisse. Der diesseitige und jenseitige Inhalt seiner Schöpfungen behält bleibenden Wert. Mit Hofmannsthal, Rilke und Trakl zählt er zu den großen Lyrikern Österreichs.

### Land, Staat, Volk

Das ursprüngliche Heimatbekenntnis von Wildgans lautete: „Ich bin ein Kind der Stadt.“ Die Sehnsucht nach Natur, Wald, nach Einfachheit und Natürlichkeit führte ihn in die Einsamkeit der „Buckligen Welt“. Hier entstand ab 1925 im homerischen Versmaß das idyllische Epos „Kirchbich“. Aus einer selbsterlebten Dorfepisode formte er mit dem Hintergrund der Kriegs- und Schieberzeit ein umfassendes, aber recht unidyllisches Zeit- und Weltbild. Hart sind seine Anklagen. Nur drei Menschen verkörpern den Grundsatz des Guten. Versöhnlich und tröstend ist der Ausklang dieses wahrhaft menschlichen Dokumentes. Die Magd Cordula trägt mit ihrem werdenden Kind den Keim des Guten in die Zukunft.

Die Dichtungen von Wildgans sind aus der Landschaft geworden, aus Geschichte und Kultur gefärbt und von Güte, Weisheit und Liebe überstrahlt. Aus zahllosen Hymnen erklingt seine Liebe zu Land, Staat und Volk. Gleich Hofmannsthal kennzeichnet Wildgans das typische österreichische Wartenkönnen als eine gesteigerte, geläuterte Form des Mutens. In seiner „Rede über Österreich“ sagt er:

Eine härtere Probe auf die Seele und die Kultur eines Volkes wurde noch niemals gefordert, und der sie bestanden, das ist, von allen Geißeln gestriemt, von allen Dornen verwundet und an alle Pfähle geschlagen, der österreichische Mensch!

## Zur Frage der Wiedergutmachung

erhielten wir unter anderem folgende Zuschrift:

Tausende von Beamten wurden 1933 und auch späterhin während des NS-Regimes nur deswegen entlassen oder mit gekürzter Pension in den dauernden Ruhestand versetzt, den sie ohnehin vielfach in den KZs zu verbringen gezwungen waren, weil sie ihrem Diensteid treu blieben und ihnen in der Zeit, da die Illegalen ihre Schlingen stellten, ihr Oesterreicherium mehr galt als alle Lockungen des Dritten Reiches. Gerade sie aber bildeten, sofern sie das Martyrium halbwegs zu überstehen vermochten, im Jahre 1945 den Grundstock der Beamtenschaft der zweiten Republik.

Sie waren von vornherein und unter allen Umständen verlässlich, so daß die Zentralstellen mit ihnen auch insofern keine Unannehmlichkeiten hatten, als die Besatzungsmächte gerade diese Beamten nicht der faschistischen Gesinnung verdächtigen konnten, weil gerade sie den Gegenbeweis durch die erlittenen materiellen Schädigungen, die Demütigungen und vielfach auch durch ihre langjährige Haft in überzeugender Weise erbracht hatten. Die Behauptung, die da von einem hohen Beamten aufgestellt wurde, der Anspruch auf Wiedergutmachung der von 1933 bis 1945 durch Maßregelung geschädigten Beamten sei durch deren Wiedereinstellung hinlänglich abgegolten worden, war daher vollständig fehl am Platze.

Der Staat sah sich auf die Mitwirkung der vom NS-Regime so infam gemäßregelten Beamten beim Wiederaufbau des Behördenapparates geradezu angewiesen. Ihnen hinterher vielleicht nur die Rolle von Lückenbüßern zugestehen, wäre absurd und würde nur von der Vergesslichkeit jener Herrschaften Zeugnis geben, die heute, da der Dienstbetrieb wieder normal verläuft, nicht mehr an die Kalamitäten erinnert werden wollen, welche jedem Amtsvorstand gerade in den ersten Jahren ab April 1945 täglich und stündlich insofern erwachsen, als die Besatzungsmächte immer wieder im Beamtenschaft nach Faschisten und ehemaligen Nationalsozialisten fahndeten.

Zugegeben, daß viele Mitläufer vis-à-vis de rien gesetzt wurden und nun ihrerseits nicht wußten, wo aus und ein. Aber das alles ist bereits wieder gutgemacht, die ehemaligen NS-

Beamten haben ganz ansehnliche Beträge nachbezahlt erhalten. Wenn man sich von Summen erzählt, die durch fünfstellige Zahlen repräsentiert werden, so ist das sicher keine Kleinigkeit. Und doch leiden wir ihnen nichts von alledem.

Aber andererseits wollen auch wir nun endlich unsere Ansprüche befriedigt wissen. Ist es denn möglich, daß es an der Initiative unserer Volkvertreter fehlen sollte, um ein schreiendes Unrecht wieder gutzumachen, das aufrechten Oesterreichern widerfahren ist, die nicht unter den Leisetretern rangiert haben, sondern in den kritischen Jahren bis zum Einmarsch der deutschen Armee alles unternahmen, nicht nur um die Gefahr zu bannen, die dem Vaterlande drohte, sondern auch, um den verblichenen Parteigängern eines verschrobenen Scharlatans die Köpfe zurecht zu setzen. Es wäre ungeheuerlich, wollten wir es für wahr halten, daß es auch jenen Nationalräten an Initiative zur Anregung für die Wiedergutmachung in dem eben erwähnten Sinne fehlt, die sich auch heute noch der Kameradschaft ihrer Leidensgefährten von Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen und Mauthausen mit Freuden erinnern.

Ein Eintreten für sie, die die große Schmach einer modernen Sklaverei hinter sich gebracht haben, ist auch durchaus nicht unpopulär, wie sich ein anderer Würdenträger einem unserer Kameraden gegenüber, der auch einmal sein Kamerad war, ausgedrückt

BERTHOLD DIETRICH:

Wir sollten keines österreichischen Imperialismus. Wir sollten nicht herrschen, aber vermitteln, nicht unterwerfen, aber gewinnen. Wir haben keinen Sendungswahn und bilden uns nicht ein, der politische Messias der Welt zu sein. Was wir aber mit brennendem Herzen erstreben, ist, aus aus dem Aschenbrödelkasten, in dem uns der deutsche Militärstiefel stieß, emporkommen in den werktätigen Kreis ebenbürtiger Sozialnationen. Wir werben um Vertrauen und Glauben aus Oesterreich; auch bei jenen abgewickelten Sündern, denen der preußische Mythos des getragenen Vaterland gepredigt hat.

hat. Denn dann müßte auch der uralte Grundsatz „Recht muß Recht bleiben“ unpopulär geworden sein.

Wie wir hören, haben sich einige Kameraden der Mühe unterzogen, den Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes auszuarbeiten, der dem Staate so weit entgegenkommt, daß er ihm gar nicht einmal die Auszahlung der den Gemäßigten von 1933 bis 1945 vorenthaltenen Beträge in voller Höhe zumutet und der auch bezüglich der restierenden Summen sich mit der Aufteilung auf einige Jahre, obendrein in der Form von monatlichen Absetzungen, einverstanden erklärt. Damit ist der Initiative der Herren Volkvertreter geradezu der Weg bereitet und es liegt jetzt nur an ihnen, sich einzuschalten, je früher, desto besser, damit der aufsteigende Mißmut unter den politisch Verfolgten in der Beamtenschaft nicht in Verzweiflung ausartet.

Dr. J. H.

Ausstellungen und Inserate

An die Verwaltung

„Der Freiheitskämpfer“

WIEN VIII

Laudongasse 16

# Rat und Hilfe

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbesitzer, Opferausweis- und Amtsbescheinigungsträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Auslegung der Gesetze ist Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert, bzw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politisch Verfolgten betreffenden Belange an die Redaktion ergehen, im „Freiheitkämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmitglied Kamrad Franz Kitzel, Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, sieht außerdem jeden Montag von 11—18 Uhr in der Redaktion, Wien I, Karntner Straße 51, Zimmer 24, jedem ehemals politisch Verfolgten betr. Auskunft und Beratung in allen Rentangelegenheiten zur Verfügung.

## Die Vergebung von Trafiken an Amtsbescheinigungsträger

Besetzung von Tabakverschleißgeschäften nach dem OFG/1947

Wir bringen nachstehend folgende zwei wichtige Kritiken des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

An alle Ämter der Landesregierungen.

Das Bundesministerium für Finanzen hat in der Frage der Auslegung der Bestimmungen des § 7 OFG/1947 im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt, Verfassungsdienst, anher mitgeteilt, daß sich im Hinblick auf den klaren Wortlaut des § 7, Abs. 2, OFG, BGBl. Nr. 133/47, die prozentuale Aufteilung auf alle jene Tabakverschleißgeschäfte zu erstrecken hat, um die sich Inhaber einer Amtsbescheinigung gemäß § 4 OFG und vorzugsberechtigte Kriegs-

oder konkurrenzweise bewerben. Das den Schlusatz des § 7 OFG einleitende Wort „insoweit“ bekennt eindeutig die Absicht des Gesetzgebers, daß die prozentuale Aufteilung auf alle jene Verschleißgeschäfte einzuschränken ist, in welchen vorzugsberechtigte Personen aus dem Kreis der Inhaber der Amtsbescheinigung gemäß § 4 OFG, und aus dem der Kriegssopler konkurrenzweise auftreten. Die Fassung „Bewerbungen“ (Plural) schließt weiters alle jene Besetzungsfälle aus, in denen nur eine Einzelbewerbung (Singular) stattfindet (freihändige Vergebung. Eine Novellierung des § 7 OFG, dahingehend, daß bei der Vergebung von Trafiken jedes dritte Geschäft und von je vier Tabakhauptverlagen drei mit Inhabern

der Amtsbescheinigung zu besetzen sind, ohne Rücksicht darauf, ob in jedem einzelnen Fall Inhaber der Amtsbescheinigung als Mitbewerber aufgetreten sind, würde zu folgenden Ungerechtigkeiten führen:

Mit Ausnahme von Wien bewerben sich in allen Bundesländern Inhaber von Amtsbescheinigungen und Verlagen. Warum die Verschleißgeschäfte in der vorangeführten Art zwischen Amtsbescheinigungsinhabern und Kriegssoplern zu verteilen, so müßten alle hierunteren Geschäfte an Amtsbescheinigungsinhaber vergeben werden, während den Kriegssoplern die weniger rentablen Geschäfte verbleiben, um die sich kein Inhaber einer Amtsbescheinigung bewirbt. Abgesehen davon, daß dieses Vorgehen den Auswahlnormen des § 5, 1. H. Nov. 1937 widerspricht, würde es auch eine soziale Härte bedeuten. Während die zum Zuge gelangenen Kriegssopler meist arbeitsunfähig und für eine größere Zahl von Personen sorgspflichtig sind, müßten die Inhaber der Amtsbescheinigung, die häufig weit arbeitsfähig sind, auch dann zum Zuge gelangen, wenn sie — im Gegensatz zu dem als Konkurrentenbewerber auftretenden Kriegssopler — alleinierend sind. Besonders kraft würde sich dies bei der konkurrenzweisen Bewerbung zwischen Kriegsbündnen, bzw. Schwerekriegsbeschädigten mit Hilflosenanspruch und Inhabern von Amtsbescheinigungen auswirken. Den ersteren können nur unmittelbare Trafiken verloren werden, da sie auf Grund ihres Leidens die Trafik nie allein führen können. Die Trafik muß eben noch eine entlohnte Verschleißkraft tragen. Wenn nun alle diese ertragsreichen Trafiken Inhabern einer Amtsbescheinigung gegeben werden müßten, verbleibe zur Versorgung der Kriegsbündnen, bzw. hilflosen Schwerekriegsbeschädigten kein für sie geeignetes Verschleißgeschäft.

Da die derzeitige Vorgangsweise der Monopolverwaltung den Bestimmungen des OFG entspricht und überdies auch die sozial gerechtere Lösung ist, besteht seitens des Bundesministeriums für Finanzen nicht die Absicht, den derzeitigen Rechtszustand zu ändern.

Dieser Erlaß wolle in der nächsten Sitzung allen Mitgliedern der Rentenkommission unter Auslegung je eines Exemplares dieses Erlasses bekanntgegeben werden.

Für den Bundesminister:  
Tomaschek.

Wir finden diesen Erlaß als außerordentlich merkwürdig. Es scheint dem Herren im Finanzministerium nicht bekannt zu sein, daß einerseits Kriegsteilnehmer Trafiken haben, deren Leiden nicht einmal 30 v. H. Erwerbsverminderung nach sich gezogen haben. Das gilt vor allem auch für Alttrafikanten, die als ehemalige Offiziere zu Trafiken gekommen sind. Ebenso hat es sich schon vor noch nicht heringsprochen, oder will man absichtlich darüber hinweggehen, daß es eine überaus große Anzahl

Auswahlfreie und ständige

Ich (wir) bestelle(n) \_\_\_\_\_ Exemplar(e) der Zeitschrift

„Der Freiheitkämpfer“

und ersuche(n) um Zusendung eines Erlagscheines.

Jahres-Abonnement: S 12.— inkl. Postversand

Halbjahres-Abonnement: S 6.— „ „

Vierteljahres-Abonnement: S 3.— „ „

(Nichtabstufendes sinden)

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

von Amtsbeschäftigten gibt, die 70 und mehr Prozent Erwerbsminderung aus habbedingtem Leiden oder Schaden nachweisen können und bis heute keinerlei Berücksichtigung bei der Vergütung von Arbeitsverhältnissen gefunden haben. Vielfach wegen es selbste gar nicht, anzunehmen, weil man leider den Kriegsbeschäftigten immer wieder den Vorrang gibt.

Diese Gegenüberstellung der kriegsbeschäftigten Kriegsteilnehmer gegenüber dem gesunden Amtsbeschäftigten-Inhabern kann allen leicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob tatsächlich die KZler bevorzugt behandelt würden und Nachbarn erhielten, die der Wirklichkeit und der heute gelübten Praxis bei den Behörden gar nicht entsprechen.

Wir würden daher den Besitzen des Bundesministeriums für Finanzen sehr raten, vorsichtiger bei der Abfassung solcher Erlässe zu sein. Im übrigen appellieren wir an den Herrn Bundesminister für Finanzen, wenn schon die Forderungen der politischen Parteien aus budgetären Gründen immer wieder abgelehnt werden, zu veranlassen, daß solche beleidigende Stellungnahmen in Einklang unterbleiben.

#### Elternregeln nach § 11 OFG.

An alle Ämter der Landesregierungen.

In Abänderung des bes. Erlasses vom 26. August 1950, ZL: 131.966-OF/50, wird nachstehendes eröffnet:

Nach den Bestimmungen des § 11, Abs. (1), OFG/47, sind die Eltern eines Opfers anspruchsbefugigt und rentenmäßig den Witwen gleichgehalten. Auch steht ihnen nach § 35 KOVG, unter den dort festgesetzten Bedingungen die Witwenrente als Grund- und Zusatzrente zu.

Diese Rechtsauffassung erhebt sich darin, daß die Lebensgefährtinnen bisher immer und unabweisbar den Witwen gleich behandelt worden sind, damit können es auch die Eltern werden, die mit den Lebensgefährtinnen in ein und demselben Ehe der heftigsten Gewaltsbestimmungen des § 11 OFG. den Witwen gleichgestellt sind.

Eine Abänderung von den Bestimmungen des KOVG. ist durch die ob besprochenen Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes dahingehend vorgesehen, daß als niederrangige Rentenzinsler für Witwen über 55 Jahren anzuwenden ist. Nun wird im § 35 KOVG. eine unterschiedliche Behandlung der Witwen nicht nur bezüglich der Grundrenten, sondern auch bezüglich der Zusatzrenten nach Altersstufen vorgesehen.

Aus dem Erlaß vom 2. März 1950, ZL: 20.897-OF/50, kann nun der Schluß gezogen werden, daß die Eltern nur Anspruch auf die Grundrente der Witwenrenten besitzen, während nach dem vorzitierten Wortlaut des Gesetzes den Eltern die volle Witwenrente als Grund- und Zusatzrente zusteht, so daß die Bestimmung bezüglich des niederrangigen Rentenzinsler als Rentenzinsler der Zusatzrente zu gelten hat.

Während bisher vom Amt wegen der Staatspunkt vertreten wurde, daß die Bestimmungen über den niederrangigen Rentenzinsler sich lediglich auf den Rentenzinsler für die Grundrente bezieht, hat die OPGK. in ihrer Sitzung am 7. Oktober 1950 ihre Stellungnahme gemäß § 17, Abs. (1), OPG/47, dahin bezogen, daß der Anspruch auf Witwenrente untrennbar sei und somit die vorzitierten Bestimmungen des Gesetzes sowohl auf die Grund- als auch auf die Zusatzrente anzuwenden sind. Nach dieser Auslegung seitens der OPGK. ist daher bei Zuermennung von Hinterbliebenenrenten an Witwen, Lebensgefährtinnen und Eltern von Opfern als niedriger Rentenzinsler bezüglich der Grundrente wie der Zusatzrente der Rentenzinsler für Witwen über 55 Jahren anzuwenden.

Für den Bundesminister:  
Tomaschek.

### Briefe an die Redaktion

Mit Genugtuung habe ich den Artikel von Franz Kitzel „Die Junge Front“ gelesen. Besonders tat es, daß man nicht schon viel früher darauf gekommen ist und schade um die vielen tausende Schillinge. Sie hätten stützlicher verwendet werden können.

Ich selbst bin Jugendlicher mit Leib und Seele und ich würde mich nicht um den Verband der Österreichischen Freiheitskämpfer als ein weiteres leeres Problem aufbauen machen. Ist es den Freiheitskämpfern und politisch Verfolgten egal, wie ihre jüngeren Brüder und Schwestern, wie ihre Kinder und die ganze junge Generation mitschick? Ware es nicht höchste Zeit, die junge Generation, die nichts oder nur Falsches von unserer Heimat, ihrer Vergangenheit und Tradition gelernt hat, endlich aufzuklären? Ist es nicht beängstigend, wie sich unsere rechtsstehende Jugend in Gruppen, egal, ob politischer, religiöser, slawischer, oder sportlicher Hinsicht, aufteilt? In der heutigen Zeit der Konsumation genügt es nicht, nur Tauschmittel zu haben und in einem stillen Klavierspiel ein tapferer Österreicher zu sein. Die Welt verlangt ein offenes Bekenntnis. Fünf Jahre nach der Wiedergeburt Österreichs gibt es keine Jugendorganisation, die durch einen Großteil der Jugend erfüllt und in christlich-bekehrten Sinn erzieht und mit ihr in der Öffentlichkeit dominiert. Es genügt nicht nur, Katholik im Leben zu sein, sondern in einer Demokratie muß jeder Mensch in der Öffentlichkeit auch seine politische Meinung vertreten.

Die größte Jugendorganisation in Österreich, die katholische Jugend, ist leider eher ein religiöses Bekenntnis nicht Missionskommen und lebt es ab, ihrer Jugend eine politische Meinung zu geben. In unseren Reihen stehen auch Sozialisten und Kommunisten, welche ich aus führenden Munde hören. Beide, Sozialisten und Kommunisten, sind aber Marxisten, das heißt, nicht nur Antichristen, sondern auch International. Wo bleibt da Österreich?

Andererseits die „Österreichische Jugendbewegung“, die Parteifremde der ÖVP. Als etwas ganz Neues ist sie im Jahre 1946 von einem selbstbewussten Mäxner gegründet worden, die Masse hat es aber nicht verstanden, was es heißt, eine eigene Partei-Jugend zu haben. Da sie noch 6000 keinen Namen einer Organisation vor 1933 trägt, bildet sich behinder aus der erwachsenen Generation dafür verantwortlich. Außerdem stellte sie der ÖVP nicht genug junge Leute zur Verfügung, so wurde sie ab abgelegt und viele tausend Schillinge für andere Gruppen und Schüler tiefe Junge Front verwendet, statt einer jungen Organisation auf die Beine zu helfen. Ein Kind hat man zur Welt gebracht, aber vergessen, daß es Kleidung und Nahrung braucht.

Freiheitskämpfer und politisch Verfolgte, wolle ihr länger zusehen, wie unsere Jugend entweder desorientiert oder gar in anderen Lager aufwacht!

Freiheitskämpfer, politisch Verfolgte, euer Opfer, eure Arbeit ist unsonst, wenn ihr vergeßt, eure Kinder zu einer festen, geschlossenen Gemeinschaft zu formen. Welches Gruppen oder Vereinen wohl ihr einst die Fackel der Freiheit übergeben! Es grüßt ergeben

mit unserem Gruß

Österreich!  
Felix Hartl, Wien XII.

Zur Frage der Wiedergutmachung nimmt folgender Brief von Konraden Leo Stürckel aus Wien am Sie Stellung:

„Was verheißt das Stück unter die Vergangenheit ab irgend einem Tag, sei es 1947, 1948 oder wann immer. Ab dann kann und soll wieder jeder einigige Teilgenüß der ersten Republik als vollwertige gelten. Jedoch sollte er durch die selbstwillige Erfüllung der Besätze von 1945 bis zu dem oben erwähnten freigesetzten Tag sich eher gewissen Wahrung bewußt haben!“

Und die von 1938 bis 1945 Genadigung haben nach ihrer Wiedereinstellung ohne einen Groschen Nachzahlung ihre ganze Kraft für den Aufbau eingesetzt. Sie haben sehr oft die für ihre Dienstleistung zureichende Bezahlung nicht erhalten. Aber sie werden jetzt, nach dem langwierigen, nervenschmerzenden ersten Jahre des Aufbaus wieder zurückgestellt (wie man sagt) nun wieder ihrer Bezahlung entsprechend verwendet. Dafür kommt nunmehr Pensionäre, oft ehemalige PZ, an diese Plätze. Denn die Unerschrockenheit der Übergangsjahre und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind vorüber, die ehemaligen Staatsfeinde dürfen wieder „leben“ sein. (Und vielleicht im stillen manche untergeben, wie vor 1938, um zu beweisen, daß dieses Österreich nicht lebensfähig sein kann.)

Ob nicht ein Großteil der Schäden, Unberechtigen und Mifertigen unserer im neuen Justizbildung von dieser Rechtsauffassung kommen?

Wieviel Arbeitsschweide, Vertrauen und Zuverlässigkeit unseres alten Landes gehen damit in immer unvollkommener Art verloren?

# OVP-KAMERADSCHAFT UND BUND ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER

## Landesleitungssitzung der OeVP-Kameradschaft des Landesverbandes Kärnten

Am 28. März 1931 hielt der Landesverband Kärnten der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten eine Landesleitungssitzung ab, in der mehrere dringende Angelegenheiten behandelt wurden. Zunächst erwarf Landesverbandesmann, Vizepräsident G. Waudner, ein erfreuliches Bild von der regen Tätigkeit der Kameradschaft, die durch neue Beitritts-erklärungen einen ständigen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen hat. Sodann berichtete er über die vom Opferfürsorge-Referat der Kärntner Landesregierung in Aussicht genommene Erhebungsaktion für gesundheitlich geschädigte Kameraden, die in zwei Turnusen an je drei Wochen durchgeführt werden soll. Anschließend gab er die Schritte bekannt, welche der Obmann des Kuratoriums der OeVP-Kameradschaft, Nationalrat Dr. Brock, sowie der Landesverband Kärnten unternommen haben, damit die Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes, wonach die Inhaber von Anlaßbescheinigungen und Opferausweisen bei Vergabung von Posen und in sonstigen

Belangen unter der Voraussetzung der fachlichen Eignung bevorzugt zu behandeln sind, von amtlichen und privaten Stellen auch wirklich respektiert werden. Die Ausführungen des Landesverbandesmannes wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff die Oberregierungsrat Dr. Kristaller die Bestimmungen des neuen Erlasses des Bundesministeriums für soziale Verwaltung betreffend die Fahrgeldbegünstigungen für Kriegbeschädigte und Opferrentenberechtigte. Einen breiten Raum nahm sodann das Referat von Anstalt Ing. Jaritz ein, das auf die Aufhebung von Richtlinien für die Beförderung der gemäß § 4 des BÜG rehabilitierten Beamten der allgemeinen Verwaltung und Inhaber von Anlaßbescheinigungen und Opferausweisen Bezug nahm. Diese Vorlage fand nach längerer Diskussion die volle Zustimmung der Landesleitungsglieder, worauf der Landesverbandesmann die Sitzung mit Dankworten schloß.

Kamerad Otto Stöhr wurde am 28. April 1931 auf dem Heiligenstädter Friedhof zu Wien zur letzten Ruhe bestattet. Viele Kameraden waren seinem Sarg gelobt und grüßten ihren Getreuen von Buchenwald zum letzten Male. In tiefbewogenen Worten nahm Kamerad Dr. Hauschofer Abschied. Er verband mit dem Dank der „Buchenwälder“ auch den Gruß aller in der OeVP-Kameradschaft versammelten KZler und politisch Verfolgten.

Am Sarge legten die Kameraden Lein-kauf und Hydros Krizan des Kuratoriums, sowie des Wiener Landesverbandes der OeVP-Kameradschaft nieder.

## Generalversammlung der Bezirksgruppe Wiener Neustadt

Unter Vorsitz ihres Obmannes, Kameraden Hans Hrenka, hielt die Bezirksgruppe Wiener Neustadt der OeVP-Kameradschaft am 28. April 1931 ihre diesjährige Generalversammlung ab. Vor dem zahlreich erschienenen Kameradentum und Kameraden des Bezirkes hielt Vorstandsmittglied Bezirkshauptmann Kamerad Hofrat Mohr ein ausführliches Referat. Im besonderen beschäftigte sich der Redner mit der Frage der Wiedergutmachung für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes, der Haftentschädigung und der Sorgen unserer politischen Opfer.

Die Versammlung nahm gerne zur Kenntnis, daß die OeVP-Kameradschaft mit Zähigkeit und Geduld bemüht ist, die berechtigten Wünsche unserer Kameraden zu erfüllen.

## Totenfeier in Mauthausen

Ein enger Ausschuß der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesleitung Oberösterreich, legte unter Führung des Obmannes, Ing. Serschen, im Beisein des Leiters des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Opferinteressenvertretung, Herrn wirkl. Anstalt Rauch, sowohl im Auftrage des Kuratoriums, als auch im eigenen Namen, anlässlich der Befreiung des KZ Mauthausen am Samstag des 5. Mai 1931, um 10 Uhr vormittags zu Ehren der zahllosen Opfer des Naziregimes kein Ehrenmal am ehemaligen Appellplatz Kränze nieder.

Herausgeber: „OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ und „Bund österreichischer Freiheitskämpfer“, Wien I, Falkstraße 2 — Redaktion und verantwortl.: Franz Kitzel, Wien I, Kärntner Straße 31 — Einzugsstelle und Verleger: Österreichischer Verlag, Wien VII, Breitengasse 2 — Verwaltung und Auslieferung: Wien VII, Leobens-gasse 21 — Druck: H. Fehér, Pasterer, Wiener Freyhaufen, Wien III, Reissgasse 24

## Kamerad Otto Stöhr ist nicht mehr

Zu Weihnachten war es. Die Kameradschaft Wien veranstaltete gemeinsam mit der Wiener Frauenbewegung eine gut gelaunte Weihnachtsfeier und brachte alle unsere Kameradinnen und Kameraden in feierlicher und gemütlicher Weise zusammen. Da stand, groß und robust, unser Anführer Otto Stöhr auf, er hob sein Glas und befehle in seiner unverwundlichen Art unsere Bewegung und unser Vaterland.

Wir haben ihn immer gerne in unseren Reihen. Und wenn gar ein Gloriet Wein vor ihm stand, dann sprach aus ihm der alte Wiener und viele seiner humorvollen Anekdoten erzählten an Neustor und Rainard.

In diesem Jahr sollte aus Stöhr seinen achtzigsten Geburtstag begehen. Doch bereits im Februar erkrankte er an einer Grippe ins Bett. Und mit wenigen Stunden Ausnahme verließ er sein Krankenzimmer nicht mehr. Trotzdem dachte niemand, daß dieser Kamerad so rasch und jäh von uns scheiden würde. Am 25. April 1931 erreichte uns die Nachricht, daß er für immer die Augen geschlossen hat.

Stöhr, der erst in einer der letzten Nummern unseres „Freiheitskämpfer“ in seiner Eigenschaft als Bundesgenossenschaftsleiter Stellvertreter der Tabakverächter der Österreichische zu Fragen dieser Gruppe Stellung nahm, war ein überaus tüchtiger Mitarbeiter. Bereits in frühen Jahren wandte er sich der öffentlichen Coverchaftsbewegung zu, war in dem bewegten Zellen vor 1930

einer der aktivsten Funktionäre der damaligen „Vaterländischen Front“.

Kein Wunder, daß dieser Mann im Dritten Reich keinen Platz hatte und daher für Jahre ins KZ wauderte. 1945 versammelte er seine Kameraden aus Buchenwald, gründete dessen Lagergemeinschaft und blieb ihr Obmann bis zu seinem Tode. In der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesverband Wien, oblag ihm die Organisationsarbeit. Er war ein treuer, guter

Kamerad und Freund, dem wir ein bleibendes Andenken bewahren wollen.

## Vorstandssitzung des Bundes österreichischer Freiheitskämpfer, Wien

Am 9. April 1931 fand in Wien in Anwesenheit von Nationalrat Dr. Fritz Beck unter Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Dr. Leinkauf eine Vorstandssitzung des Bundes österreichischer Freiheitskämpfer statt. Eingeladen wurden die Aufgaben des Bundes diskutiert und beschlossen, die Tätigkeit des Bundes zu intensivieren. Weiter wurden die Kameraden Dr. Schöffler und Kitzel beauftragt, ein Programm zu entwerfen. Schließlich dankt man dann, in Form eines Nachrichtenblattes einen engen Kontakt mit der Mitgliedschaft herzustellen.